



Änderungsantrag

der Fraktionen CDU und FDP

Appell für datenschutzrechtliche Verantwortung

Drucksache 17/ 1770

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass es im Innen- und Rechtsausschuss zu einem persönlichen Meinungsaustausch zwischen dem Landesbeauftragten für den Datenschutz Schleswig-Holstein und der Firma Facebook Inc. über tatsächliche und rechtliche Auseinandersetzungen über die Reichweitenanalyse des ULD gekommen ist. Dieser Dialog sollte zügig fortgesetzt werden. Das ULD wird gebeten, dem Innen- und Rechtsausschuss über den Fortgang der Verhandlungen zu berichten.
2. Vor dem Hintergrund der offenen datenschutzrechtlichen Fragen appelliert der Landtag an alle schleswig-holsteinischen öffentlichen und privaten Betreiber und Nutzer des Internets, ihre datenschutzrechtliche Verantwortung wahr zu nehmen und eine Überprüfung ihrer Web-Seiten vorzunehmen.
3. Der Landtag spricht sich in dem Spannungsfeld „Datenschutz in sozialen Netzwerken“ für eine Lösung aus, die die Bürger, Unternehmen, Vereine und Verbände sowie die öffentliche Verwaltung nicht mit einem unangemessenem technischen Aufwand belastet, wenn sie soziale Netzwerke in Anspruch nehmen wollen.

Dr. Michael von Abercron
und Fraktion

Ingrid Brand-Hückstädt
und Fraktion